

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 177/2016
Kiel, Freitag, 6. Mai 2016

Soziales/Heimaufsicht

Anita Klahn: Ministerin Alheit muss den Kinderschutz endlich zur Chefsache machen

Zum heutigen Pressekonferenz von Ministerin Alheit zu weiteren Missbrauchsvorwürfen in Jugendeinrichtungen erklärt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Aufklärung und Transparenz ist das Motto, welches Ministerin Alheit beim Friesenhofskandal für sich geltend machen wollte. Jetzt zeigt sich erneut, dass die Ministerin erst dann reagiert, nachdem eine öffentliche Berichterstattung erfolgt. Unklar bleibt, warum das Sozialministerium die heute präsentierten Informationen nicht schon lange transparent und proaktiv im Rahmen des Untersuchungsausschusses oder im Sozialausschuss, im Zweifel auch in nicht-öffentlicher Sitzung, dargestellt hat. Möglichkeiten hätte es genug gegeben.“

Ein wirkliches Aufklärungsinteresse scheint nicht zu bestehen. Die Unkenntnis der Ministerin über die Vorgänge ist erschreckend. Die Vorwürfe wiegen erneut schwer. Der Hamburger Senat bestätigt körperliche Gewalt, Fixierungen, Strafsport und Essensstrafen sowie den Einsatz von unqualifiziertem Personal. Heute wurde erneut deutlich, dass die Kooperation zwischen den Jugendämtern und der Heimaufsicht weiterhin verbesserungswürdig ist. So konnte die Ministerin nicht erklären, wie es zu den unterschiedlichen Einschätzungen hinsichtlich der Missbrauchsvorwürfe zwischen den Hamburger Jugendämtern und der Heimaufsicht gekommen ist.

Gerade nach den Erkenntnissen aus dem Friesenhofskandal hätte man von Ministerin Alheit eine stärkere Sensibilisierung erwartet. Als einen Teil ihres Maßnahmenbündels hatte die Ministerin angekündigt, dass der Kommunikationsfluss zwischen Heimaufsicht und Hausspitze verbessert werden sollte. Das Interview mit der Ministerin im NDR machte nur allzu deutlich, dass nichts davon eingetreten ist. Lediglich die Einrichtung einer Ombudsstelle, die bei allem guten Willen keine wirkliche Verbesserung für die Kinder bringen wird, zu begrüßen und sich Ergebnisse einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu eigen zu machen, ist wahrlich zu wenig. Ministerin Alheit hätte die Aufklärung und Verbesserung der Situation in den Jugendhilfeeinrichtungen im Land zur Chefsache erklären müssen. Sie trägt die politische Verantwortung.“